Auf gut Schwäbisch

Täglich neu: Landestypisches für Einheimische und Reigschmeckte

Da hend ihr's, ihr Lumpa!

Von Jan Sellner

„Am ledschda Freidig isch's en dr Schwäbisch-Spalte drom ganga, wer dahoem d'Hosa ahäb", schreibt Roland Combosch aus Winnenden: „Wenn zo mir oiner said, der dahieba häb dahoem d'Hosa a, no sag i: ‚Der liagd sonschd au!'"

Klaus Rich aus Stuttgart äußert sich ebenfalls zum Thema: Wer hat das Sagen? „Bei uns ist das klipp und klar geregelt: Mei Frau hat drhoim des Saga, ond i drfür auswärts nix!"

Bei der Gelegenheit erinnert Klaus Rich, gelernter Landschaftsgärtner, an Scherze, die früher mit Lehrlingen getrieben wurden: „Auch wir Landschaftsgärtner haben die Neuen ständig auf die Schippe genommen. Über den ‚Böschungshobel' haben wir an dieser Stelle ja schon gelesen. Dazu gab es bei uns immer die Aufforderung an den ‚Stift': ‚Hol amol die Bogaschnur aus em Lager, der Weg, den mir planet, macht a Kurv!' Oder auch: ‚Fahr amol en d'Werkstatt ond hol da Motorspadda aus em Lager. Der liegt ganz henda em Keller em obara Regal . . .'

Das waren immer nette Episoden, und auch der Gefoppte hat danach meist herzhaft mitgelacht. Heute müsste sich der ‚Stift' vermutlich seinem Chef erklären, wegen der unproduktiv verbrachten Zeit."

Bei Eppingen im Kraichgau verläuft seit alters her die Grenze zwischen Württemberg und Baden – das blieben Grenzstreitigkeiten und Rivalitäten nicht aus, wie diese Anekdote zeigt: Eine mächtige Eiche, die in unmittelbarer Grenznähe stand, weckte beiderseits Begehrlichkeiten. Eines Tages war der Baum – mutmaßlich von den Württembergern – gefällt; der Eichenstamm lag auf württembergischen Gebiet. Am ‚Tatort' fanden die badischen Eppinger einen Zettel vor: ‚Da hend ihr's, ihr Eppinger Lumpa! Mir hend dr Stamm ond ihr henn dr Stumpa!'"

Edith Weiner meldet sich mit einem Nachtrag zur der beliebten Frage nach der Geburt eines Kindes: „Wem sieht's ähnlich?" – „Meine Mutter, Jahrgang 1911, erzählte oft von einer Hebamme, die auf diese Frage folgende Antwort hatte: ‚Vorne am Vadder!" oder: ‚Vorne dr Mutter!' – ond hinta der ganza Verwandtschaft!' Jetzt wusste jeder gleich, ob's ein Bub oder ein Mädle war."

Von Bäckermeister Ulrich Strobel aus Alfdorf stammt diese kleine Anekdote: „A Mama hat ihrn kleina Bua en da Beggalada gschickt mit ama Zettele, uf dem gschtanda isch: ‚En Vierleng Weibeer auf Bomb!' Gemeint waren 125 Gramm Weinbeeren zum Anschreiben."

Der schwäbische Spruch des Tages kommt von Peter Harrer aus Stuttgart-Hofen: „Karle antwortet auf die Frage nach dem Befinden seins betagten Opas: ‚Schlecht höra duad'r guad, abr guad seha duad'r schlecht.'"

Angriff in Tamm ist wohl Teil einer Schuss-Serie

TAMM. Am Montagabend ist ein 23-Jähriger in Tamm (Kreis Ludwigsburg) von einem unbekannten Täter angeschossen und dabei schwer verletzt worden. Nach Recherchen unserer Zeitung handelt es sich nicht um einen Einzelfall, sondern um eine weitere Tat in einer Serie von Delikten, zu der auch ein Brandanschlag auf ein Fahrzeug und ein Angriff in Ludwigsburg Ende April gehören.

Die Polizei bestätigt diesen Zusammenhang derzeit nicht. Laut zwei unabhängigen Quellen stehen hinter den Angriffen wohl zwei Sicherheitsunternehmen – eines davon soll den Konkurrenzkampf um Aufträge mit Waffengewalt austragen.

Eine eingerichtete Sonderkommission ermittelt wegen eines versuchten Tötungsdelikts. Der Täter befindet sich weiterhin auf der Flucht. *ask*

Korrektur

Falsches Bild

vom 12. Mai 2025

In unserer Montagausgabe haben wir den Bericht zum Staudenknöterich falsch bebildert. Zu sehen war ein giftiger Riesenbärenklau, der bei Berührung zu verbrennungsähnlichen Hautreizungen führen kann und nicht zum Verzehr geeignet ist.

BaWü-Check

Für den Ernstfall gewappnet?

Die hohe Inflation treibt die Menschen in Baden-Württemberg aktuell noch mehr um als die Kriegsgefahr. Dabei warnen Militärs vor ersten Vorboten.

Von Annika Grah

STUTTGART. Es sind deutliche Worte, die der Kommandeur des Landeskommandos der Bundeswehr in Baden-Württemberg, Michael Giss, in den vergangenen Monaten immer wieder in den Mund genommen hat. „Es muss jedem hier klar sein, dass wir in einem Zielland eines Gegners leben", sagte er erst vergangene Woche bei einer Veranstaltung im Landtag. Und: Er sei sicher, dass manche Rakete in Kaliningrad Stuttgart in ihrem Zielcomputer habe. „Das ist hier ein lohnendes militärisches Ziel", sagt Giss mit Blick auf die hiesige Autoindustrie.

BaWü-Check

Solche Szenarien scheinen in der breiten Bevölkerung erst langsam anzukommen. So ist im aktuellen BaWü-Check, der Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie im Auftrag baden-württembergischer Tageszeitungsverlage, abzulesen, dass neben wirtschaftlichen Sorgen um Inflation und Gewalt zwar auch die unberechenbare Lage in Europa eine Rolle spielt. In der repräsentativen Umfrage beantworten im April 1023 Menschen ab 18 Jahren Fragen rund um Zivilschutz und Verteidigungsbereitschaft. Aber nur 44 Prozent fürchten, dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte.

Hört man dem Landeskommandeur Giss zu, gibt es längst Vorboten dafür: „Die hybride Angriffsphase Russlands läuft, und das schon länger", sagte er schon Anfang des Jahres. Damit sind die Drohnensichtungen über Militärgeländen in Deutschland gemeint, physische Ausspähversuche von Menschen, die sich so genannte kritische Infrastruktur anschauen, die zentral ist für die Energieversorgung in Deutschland, aber auch die steigende Zahl der Cyberangriffe auch auf Behörden, die das Innenministerium vermerkt. Erst jüngst wurde die Webseite der Stadt Stuttgart Ziel einer Attacke – der Angriff wird einer Gruppe mit prorussischem Hintergrund zugeordnet.

Seit einigen Monaten ist Giss deshalb im Land unterwegs, um aufzurütteln. Wer ihm zuhört, bekommt ein ungefähres Bild davon, von welchen Szenarien die Bundeswehr ausgeht. Seit vergangenem Jahr gibt es einen sogenannte Operationsplan Deutschland, der regelt, wie Bundeswehr und zivile Behörden im Falle eines Angriffs zusammenarbeiten. Darin geht die Bundeswehr nicht davon aus, dass Deutschland – wie im Kalten Krieg – ein Frontstaat sein könnte. Vielmehr würden im Falle eines Angriffs auf die Ostflanke der Nato Truppen von hier aus unterstützt. In einer ersten Welle, skizzierte Giss jüngst bei einer Veranstaltung im Landtag, wären das 800 000 Soldaten in zwei Monaten, die mit ihren Fahrzeugen durch Deutschland rollen würden. „Das wird in unser Alltagsleben massiv eingreifen", sagt er.

Foto: Lichtgut/Max Kovalenko

„Es ist noch nicht jedem klar, in welcher Lage wir in Deutschland und Westeuropa insgesamt sind."

Michael Giss, Landeskommandant Bundeswehr

In der Landesregierung scheint das inzwischen zu verfangen. Anfang April organisierte Innenminister Thomas Strobl (CDU) eine Gesprächsrunde mit Landkreisen und Vertretern von Kommunen. „Wir müssen uns verteidigungsfähig machen", sagte Strobl. „Heute bereuen wir es schmerzlich, dass wir nach dem Ende des Kalten Krieges viele Strukturen der militärischen und der zivilen Verteidigung abgebaut haben."

Die tatsächliche Kriegsgefahr wird von vier von zehn Baden-Württembergern als wahrscheinlich oder eher wahrscheinlich erachtet. Knapp die Hälfte (47 Prozent) hält es für eher oder sehr unwahrscheinlich, dass Deutschland in den nächsten Jahren in einen Krieg verwickelt wird. Der Rest ist unentschieden. Dreiviertel der Menschen fühlen sich sicher oder sehr sicher in Baden-Württemberg. Gleichzeitig sind nur 38 Prozent der Meinung, dass Baden-Württemberg gut oder sehr gut auf Krisen- oder Katastrophenfälle vorbereitet ist. 51 Prozent sehen das nicht so und der Rest ist unentschieden.

Neun von zehn Baden-Württembergern halten es deshalb für essenziell, dass das Land Notfallpläne ausarbeitet, damit die Gesundheitsversorgung im Katastrophenfall sichergestellt ist. Ungefähr ebenso viele finden wichtig, dass Polizei, Feuerwehr und Technisches Hilfswerk besser ausgestattet werden oder dass Einsatzkräfte regelmäßig aus- und weitergebildet werden. 86 Prozent hätten gern, dass der Staat einen Medikamentenvorrat aufbaut, 75 Prozent finden, dass das Land auch einen Lebensmittelvorrat für die Bevölkerung aufbauen sollte. Zwei Drittel finden außerdem, dass der Staat mehr Schutzräume und Bunker schaffen sollte. Gleichzeitig wünschen sich 78 Prozent regelmäßige Notfallübungen von Behörden und Hilfsorganisationen. 73 könnten sich Katastrophenschutzübungen auch am Arbeitsplatz und in Schulen vorstellen.

Foto: dpa/Markus Lenhardt

„Wir müssen uns verteidigungsfähig machen."

Thomas Strobl, Innenminister

Doch es ist nicht so, als ob sich die Bürger in punkto Krisenvorsorge nur auf den Staat verlassen würden: 58 Prozent der Befragten geben an, mit ihren Lebensmitteln im Notfall zehn Tage durchzukommen, etwas mehr als die Hälfte hat einen Vorrat an Medikamenten zuhause. 64 Prozent hätten im Falle eines Stromausfalls Kerzen, Teelichter und Streichhölzer zur Hand. Doch für eine längere Krise ist die Mehrheit nicht gewappnet. Einen Vorrat an Trinkwasser für zehn Tage, wie vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe empfohlen, haben nur 40 Prozent der Befragten daheim. Mit Reservebatterien und Powerbanks sind weniger als die Hälfte ausgestattet. Über Heizmöglichkeiten ohne Strom verfügt nicht einmal ein Drittel der Befragten.

Knapp die Hälfte weiß, ob es in ihrer Region Schutzräume für den Ernstfall gäbe. 13 Prozent würden tatsächlich auch Schutz finden. Der Rest weiß darüber nicht Bescheid. Das Innenministerium hatte zuletzt landesweit noch 220 öffentliche Schutzräume mit etwa 176 000 Plätzen gezählt. Allerdings wurden diese seit Jahren nicht mehr fachgerecht unterhalten.

Der stellvertretende Landesbeauftragte des Technischen Hilfswerks in Baden-Württemberg, Olaf Sandmann, hatte erst jüngst bei einer Veranstaltung der FDP-Fraktion im Landtag gemahnt, dass behördliche Maßnahmen die Selbsthilfe der Bevölkerung im Krisenfall nur ergänzen können und an die Checklisten des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe erinnert. Die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung müsse wieder aktiviert werden, forderte er. „Der Staat hilft dem Bürger, wenn er die entsprechenden Prioritäten und Kapazitäten hat", sagte er.

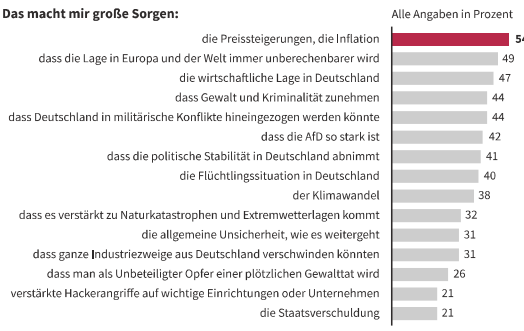
Geht es um die Frage, im Falle eines Angriffs das Land zu verteidigen, ist nur jeder Vierte bereit, selbst zur Waffe zu greifen. Ebenso viele sind unentschlossen, und 52 Prozent der Menschen wären nicht bereit, zu kämpfen. Ein Pflichtjahr oder die Reaktivierung der Wehrpflicht würden dreiviertel der Befragten begrüßen. Allerdings sind die meisten der Befragten (54 Prozent) für ein verpflichtendes Dienstjahr mit der Option, zwischen Bundeswehr und sozialem Bereich zu wählen. 14 Prozent sind dagegen, acht Prozent unentschieden. Unter den 18- bis 29-Jährigen kommt eine solche Dienstpflicht weniger gut an. 60 Prozent wären für Wehrpflicht oder Dienstjahr – 27 Prozent sind dagegen und elf Prozent unentschieden. 60 Prozent aller Befragten im BaWü-Check finden, dass eine Wehrpflicht auch für Frauen gelten sollte.

Viele Militärfahrzeuge auf einer Autobahn sind ein Bild, dass in den Szenarien der Bundeswehr hohe Wahrscheinlichkeit hat

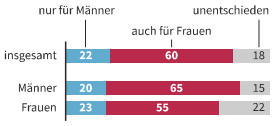
Foto: imago/BildFunkMV

Das beschäftigt die Menschen im Land

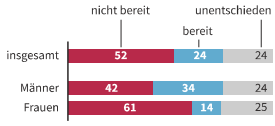
Das macht mir große Sorgen: Alle Angaben in Prozent



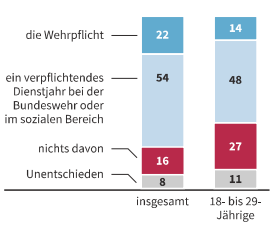
Einmal angenommen, die Wehrpflicht wird wieder eingeführt. Sie sollte gelten:



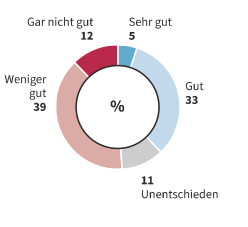
Wären Sie im Falle eines Angriffs bereit, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen?



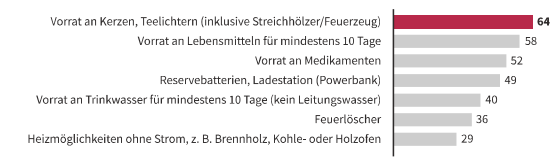
Wehrpflicht oder Dienstjahr – was davon fänden Sie besser? Es sollte in Deutschland eingeführt werden:



Was glauben Sie, wie gut wäre Baden-Württemberg auf einen Krisen- oder Katastrophenfall vorbereitet?



Es gibt offizielle Empfehlungen, wie man sich für Katastrophen und Notfälle vorbereiten kann. Was davon haben Sie zuhause?



Grafik: Locke | Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre | Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6184/V

BaWü-Check

Basis Der BaWü-Check ist eine Umfrage von Zeitungen im Südwesten, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt. Insgesamt beteiligen sich 45 Tageszeitungen.

Zeitraum Von 16. bis 30. April 2025 wurden in Baden-Württemberg 1023 Menschen in einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 18 Jahren befragt. Die Befragten sind Mitglieder eines Online-Panels, die Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl gezogen. Die Stichprobe wurde gewichtet, dabei orientierte man sich am Mikrozensus 2023.

Fragebogen Die für die Befragung ausgewählten Personen bekamen per E-Mail eine Einladung zur Teilnahme und füllten einen Online-Fragebogen mit 14 Fragen aus. *ang*